

28.12.2024

Gemeinsame Erklärung:

Wir, die unterzeichnenden Organisationen, Vereine, Gewerkschaften und politischen Parteien, fordern die Bundesregierung, den Bundestag und den Bundesrat auf, ein AfD-Verbotsverfahren einzuleiten. Die AfD stellt eine ernsthafte Bedrohung für unsere Demokratie dar, und es ist dringend notwendig, dass wir gemeinsam handeln, um unsere demokratischen Werte zu schützen.

Wichtige Positionen:

1. Schutz der Menschenwürde:

Die AfD stellt die Grundprinzipien unserer Verfassung infrage und gefährdet die Menschenwürde. Ihre rassistischen und fremdenfeindlichen Äußerungen und Handlungen sind inakzeptabel und widersprechen den Werten unserer Gesellschaft.

2. Verteidigung der Demokratie:

Die AfD nutzt demokratische Mittel, um die Demokratie von innen heraus zu untergraben. Ihre Angriffe auf die Pressefreiheit, die Unabhängigkeit der Justiz und die Rechte von Minderheiten sind alarmierend und dürfen nicht toleriert werden.

3. Rechtliche Grundlage:

Ein Verbotsverfahren ist im Grundgesetz vorgesehen, wenn eine Partei aktiv gegen die Verfassung agiert. Die AfD hat wiederholt gezeigt, dass sie die demokratische Grundordnung ablehnt und versucht, diese zu destabilisieren.

4. Gefahr für den sozialen Frieden:

Die Hetze und die spalterische Rhetorik der AfD tragen zur Polarisierung der Gesellschaft bei und gefährden den sozialen Frieden. Ein Verbot der AfD ist notwendig, um die Einheit und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu bewahren.

5. Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen. Es ist unsere Pflicht, zukünftigen Generationen eine stabile und demokratische Gesellschaft zu hinterlassen. Ein Verbot der AfD ist ein wichtiger Schritt, um sicherzustellen, dass extremistische und antidemokratische Kräfte keinen Platz in unserer politischen Landschaft haben.

Forderung nach Veröffentlichung des Verfassungsschutz-Gutachtens:

Wir fordern zudem die Veröffentlichung des aktuellen Gutachtens des Verfassungsschutzes zur

AfD. Transparenz und Aufklärung sind entscheidend, um die Bedrohung, die von der AfD ausgeht, vollständig zu verstehen und angemessen darauf reagieren zu können.

Links zu weiteren Informationen und Analysen:

- [ZDF: Antrag auf AfD-Verbot](<https://www.fr.de/politik/gegen-die-interessen-von-beschaeftigten-was-die-afd-mit-der-arbeiterschaft-vorhat-92991050.html>)
- [taz: Initiativen unterstützen Verbotskampagne](<https://bb.verdi.de/++co++572f94f8-8a16-11ef-81fe-3dbf006ffe0d>)
- [evangelisch.de: Zivilgesellschaftliche Kampagne fordert AfD-Verbot](<https://www.bund-verlag.de/aktuelles~Die-AfD-torpediert-Arbeitnehmer-und-Gewerkschaftsrechte~.html>)
- [Amadeu Antonio Stiftung: Bundesweit tätige Organisationen stellen sich gemeinsam gegen die AfD-Kampagne](<https://www.fr.de/politik/afd-gewerkschaften-brandmauer-rechts-feind-beschaeftigten-92991014.html>)
- [Mimikama: AfD-Verbotsverfahren – Hat der Antrag Aussicht auf Erfolg?](<https://www.mimikama.org/afd-verbotsverfahren-antrag-aussicht-auf-erfolg/>)
- [ZDF: Menschenrechtsinstitut – Kriterien für AfD-Verbot erfüllt](<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/menschenrechtsinstitut-voraussetzungen-afd-menschenrechte-verbot-100.html>)
- [Institut für Menschenrechte: Warum die AfD verboten werden könnte](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Analyse_Studie/Analyse_Warum_die_AfD_verboten_werden_koennte.pdf)

Unterzeichner der Erklärung

Organisationen:

Omas gegen Rechts - Trier

Omas und Opas gegen Rechts - Hof

Omas gegen Rechts- Wiesbaden

Omas gegen Rechts - Meppen

Omas gegen Rechts Deutschland e.V,

Brennessel e.V.

AfDexit

DIE GRÜNEN -Ortsverband Mönkeberg - Kreis Plön

Bildung und Betreuung e.V.

Die Linke WWK

Einzelpersonen:

Christiane Jung

Heide Breuer

H.M. Hoffmann

Regina Mannitz